Tageblatt für Politik, Unterhaltung, Geschäftsverkehr, Börsenbericht, Fremdenliste.
Bezugspreis vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75, im Ausland mit entsprechendem Postzuschlag.
Annahme von Ankündigungen: Marienstr. 38 p. Vorm. 8–2 Uhr Nachm. Sonntags p. Vorm. 11–1 Uhr Mittags. In Neustadt: Gr. Meißnerg. 5 nur an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags.
Der 1spaltige Grundzeile ungefähr 8 Silben 15 Pfg., für Montags der nach Festtagen 20 Pfg. Unserm Strich (ungef. 5 Zeile 40 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.
Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

40. Jahrgang. Dresden, 1895.

Die beste und billigste aller Hausseifen bleibt
„Triumph-Seife" mit der Schutzmarke „Sonne".
In allen besseren Seifen- und Colonialwarengeschäften zum Preise von 10 Pfennigen pr. Stück erhältlich.

(D. R.-P.)
Thüre zu!
Vollkommenster, selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Prospecte gratis und franco. 75.000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstr. 12, fr. 27. (Fernsprechamt II, Nr. 2176.)

Frostmittel
gegen Frost in Händen und Füssen, 1 Mk. Frostbalsam zum Einpinseln, Flasche 60 Pfg. Frostsalbe auf offene Wunden, 75 Pfg. und 50 Pfg. Glycerincreame gegen aufgesprungene Haut, 1 Mk. 25 Pfg. und 75 Pfg.
Versand nach auswärts. Kgl. Hofapotheke, Dresden, Georgenthor.

MATTONI's GIESSHÜBLER Feinster alkalischer SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Kostüm-Fabrik Max Jacobi Nachf.
Dresden-A., Galeriestrasse 26. Fernspr. I, 389.
Erstes und ältestes Masken-Garderobe-Verleih-Institut
empfiehlt sich für hier und auswärts.
Prompte Effectuirung. Civile Preise.

Hocharmige Nähmaschinen mit Fussbank empfiehlt H. Grossmann, Nähmaschinen-Fabrik, Nr. 5 Waisenhausstrasse Nr. 5.
Fernsprecher: Amt I, No. 1937.

Für die Monate Februar und März

werden Bestellungen auf die „Dresdner Nachrichten" für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu 1 Mark 70 Pfennigen, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 1 Mark 84 Pfennigen angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten", Marienstraße 38, Erdgeschoß.

Politisches.

Seitdem die parlamentarische Schonzeit abgelaufen ist, knallt es wieder im Gehege des Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses. Die reichlich verbrauchte Munition entspricht aber nicht dem Trefferfolg. Es wird kein feistes Stück Wildpret zur Strecke gebracht von kunstgeübter Schützenhand. Ebenso wenig aber wie bis jetzt die ordnungsparteiliche Schützenlinie mit besonderem Stolz auf ihre Resultate zurückblicken kann, haben die um Ahlwardt und die Sozialdemokraten Grund, sich zu ihren bisherigen Leistungen zu beglückwünschen. Ob der trostlosen Langeweile der Zeit zerdrückt manch' bärtiger Kämpe des völkerbefreienden Rassenkampfes eine Thräne im Auge und wehmüthig schweift sein Blick zurück in vergangene Tage, aus denen die Erinnerung an centnerschwere Aktenbündel, urkräftige Rodomontaden und sonstigen Zauber lockend heraufsteigt. Vorbei, vorbei! Es scheint, als wenn „sie" allmählich doch alle werden und sich den Beutel ebenso wie die Ohren zuhalten wollen vor den Lockrufen der radikaler: Sirenen. Das ist unter allen Umständen trostlos, ganz besonders aber für solche Gemüthsmenschen, wie es die Radikalen gewöhnlich und die radikalen Antisemiten in ganz besonderem Grade sind.

Es knallt auch noch anderswo in Berlin, nämlich im Grunewald, wo Herr v. Kotze mittels gezogener Pistolen und 15 Schritt Distance seine verletzte persönliche und Familienehre wiederherstellen läßt. Das erste der in Aussicht stehenden Duelle, die sich wohl „circum circiter", wie Herr v. Prudelwitz zu sagen pflegt, auf ein Dutzend belaufen dürften, hat bereits stattgefunden. Ein weniger blutiges Bild ist es, das der Beschluß der Bankkommission des Reichstages in der Auditätenfrage entrollt. Das unbestreitbar richtige Prinzip „Kleider machen Leute" scheint neuerdings mehr und mehr auch bei der Darstellung mythologischer Figuren Platz greifen zu sollen. In Braunschweig ist sogar eine eigene Petition an die Regierung gerichtet worden um Erlaß einer Kleiderordnung für die gemeißelten Bewohner des dortigen Museums, sowie für ihre Kollegen auf öffentlichen Plätzen und Brücken. In Uebereinstimmung mit den braunschweigischen Kleiderfreunden hat die Reichstagsbaukommission beschlossen, die auf dem Stuhle des Reichstagspräsidenten angebrachte Justitia kurzer Hand entfernen zu lassen, weil die Dame dasteht wie Diana im Bade, nur mit dem Unterschiede, daß Diana wenigstens noch eine Madame Avec-Gêne war, während die Justitia des Reichstages eine solche Sans-Gêne ist. Dafür wird sie nun mit Schimpf und Schande hinausgejagt. Der Feldzug gegen die Nuditäten im Reichstag ist übrigens auch vom parlamentarisch-pädagogischen Standpunkte aus zu billigen, weil sonst die unbekleidete Umgebung die Reichsboten leicht dazu verleiten könnte, „nackte" Behauptungen ohne Beweise aufzustellen. Dabei käme dann die einzige Weiblichkeit, die unbedingt im Zustande der Nacktheit gelassen werden muß, nämlich die Wahrheit in Gefahr, durch allerlei Verschleierungen bis zur Unkenntlichkeit entstellt zu werden.

In der hohen Politik wimmelt es von Krisen und von Gerüchten über bevorstehende Monarchen- und Ministerzusammenkünfte. Der Kaiser von Rußland soll die Absicht haben, im Laufe des Frühjahrs sowohl unseren Kaiser als auch dessen hohen österreichischen Verbündeten zu besuchen. Es ist gar nicht zu verkennen, daß ein festerer Zusammenschluß der Dreikaisermächte bei den heutigen Zeitläuften eine wesentliche Garantie des äußeren und inneren Friedens der europäischen Staaten bedeuten würde. Ob es aber gelingen wird einen solchen Zusammenschluß herbeizuführen? Einstweilen spricht wenig für diese Möglichkeit und Vieles dagegen. Ein anderes Gerücht wollte wissen, daß im Frühjahr ebenfalls eine Konferenz der leitenden Staatsmänner der Dreibundsmächte bevorstände zur Berathung über die Erneuerung des Dreibundes, der angeblich mit dem Ende des Jahres 1896 ablaufen soll. Da die Meldung aus französischer Quelle stammt, so ist der Wolf im Schafspelz leicht zu erkennen. Das offiziöse Dementi ist denn auch alsbald erfolgt, selbstverständlich aber in einer Form, die an Ungeschicklichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Es hieß nämlich blos, der Dreibund ruhe auf zu gefesteter Grundlage, als daß er durch derartige Umtriebe zu erschüttern sei. Da bleibt also immer noch die Möglichkeit offen, daß er, wenn nicht durch „derartige", so doch durch andere, mächtigere Einflüsse eine Schwächung erleiden könne. Im Uebrigen ist die französische Ente offenbar blos deshalb aufgeflattert, weil der Nationalinstinkt den Franzosen sagt, daß ihre jüngsten inneren Wirren dem Dreibund neue Stärkung zuführen müssen, indem sie gerade zur rechten Zeit die fortdauernde Nothwendigkeit eines kraftvollen Gegengewichts gegen den französischen Expansionstrieb beweisen.

Die Krisen sind nachgerade zu einer chronischen Krankheit der gesammten europäischen Politik geworden. Bei uns geht der Lucanus um; in Frankreich rasselt die Versenkungsmaschine für Kabinette und Präsidenten unaufhörlich; in England pfeift Lord Rosebery mit seiner Rothschildpolitik auf dem letzten Loche, selbst das von Herrn Rothschild den Punch-Redakteuren gegebene Diner, bei dem man aus goldenen Schüsseln aß, vermag ihn nicht mehr herauszureißen; in Oesterreich glimmt das Feuer der Wahlreform unter der Asche munter fort; nur in dem Befinden des an der „Halbmond"-Sucht erkrankten russischen Staatskörpers scheint zur Zeit eine kleine Wendung zum Besseren eintreten zu wollen. Nun aber erst die kleinen Staaten! Welch' ein Chaos von politischen, finanziellen, wirthschaftlichen, sozialen und moralischen Nöthen bietet sich dort den Blicken dar! Wenn schon ein Präsident der französischen Republik nicht länger in der Staatskarosse fahren wollte, darf man es am Ende auch den Königen von Belgien und Griechenland nicht übel nehmen, falls sie vielleicht in Augenblicken völliger Rathlosigkeit Herrn Perier um die schöne Ruhe seines Privatlebens beneiden und entschlossen sein sollten, seinem Beispiele zu folgen. In Griechenland vor allem ist die Verfahrenheit so heillos, daß der König seine etwaige Abdankung nicht einmal mit dem Motto versehen könnte: „Après nous le déluge," weil das Chaos bereits da ist. Zu allem Unglück ist nun auch die Korinthenkrisis hinzugekommen. Der in unsinniger Ausdehnung betriebene Korinthenbau hat zur Folge gehabt, daß die Preise fast bis auf Null gesunken sind. Fast die ge ammte vorige und heurige Ernte ist unverkauft geblieben. Infolgedessen hat die allgemeine Verarmung des Landes einen kaum vorstellbaren Grad erreicht, und die Korruption ist so groß geworden, daß Deputirte und Beamte, die als „Nebenbeschäftigung" das Räuberhandwerk treiben, gar nichts Seltenes sind. Trotzdem sitzen aber die „Hellenen" nach wie vor auf dem höchsten Pferde und haben bei allem Ueberfluß an Korinthen auch noch große Rosinen im Kopf. Sie sind und bleiben eben „Hellenen", die Nachfahren des großen Perikles und Themistokles. Bei solchen Vorfahren kommt es für die modernen „Basileuse" auf ein bischen Verkumpung mehr oder weniger nicht an. Indeß, ob klein ob groß: allen heutigen Staaten ist der krisenhafte Zustand gemeinsam und was bei den großen einstweilen noch nicht so schlimm ist wie bei den kleinen, das kann doch im Laufe der Zeit so werden. Das sind nette Aussichten, zu denen man nur mit Hamlet's tiefsinnigen Worten sagen kann: „Wirthschaft, Horatio, Wirthschaft!"

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Januar.

Berlin. Reichstag. Das Haus setzt die Berathung der Zolltarifnovelle fort. — Abg. Hitze (Centr.): Zu einer so wichtigen Frage, wie es die Quebrachoholzzollfrage ist, hätten die Regierungen schon früher Stellung nehmen sollen. Es handelt sich nicht um den Großgrundbesitz, wenn wir für die Erhaltung der Schälwaldungen eintreten, sondern um den Schutz des ansässigen bäuerlichen Grundbesitzes. Gerade in den armen Gebirgsgegenden, wo der Ackerbau wenig einbringt, sind die Leute auf den Ertrag der Schälwaldungen angewiesen. Das Schälen im Winter ist für die Arbeiter unseres Sauerlandes geradezu eine Existenzfrage. — Abg. Langerhans (freis. Volksp.): Wenn man auf Alles einen Zoll legen will, was zu leicht bestehende Betriebe schädigen könnte, dann hemmt man jede Entwickelung der Industrie, jede Entdeckung und Erfindung. Man könne ja die kleinen Leute, die ein zu anderen Zwecken unbrauchbares Land besitzen, anderweit beschäftigen. Uebrigens hat nicht die Einfuhr von Quebrachoholz den Preis der Lohe gedrückt; der Druck bestand schon zuvor, weil die kleinen Leute das Schälen nicht rationell genug betrieben. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Staatssekretär Freiherr v. Marschall hat vorgestern mit Bezug auf den russischen Zoll auf Rohbaumwolle gesagt, Rußland brauche Baumwolle und es komme nicht auf die Höhe des russischen Zolles, sondern darauf an, daß der Zoll gegen alle Länder gleich sei. Ich hätte nur gewünscht, daß der Herr Staatssekretär sich schon bei Abschluß des Vertrages mit Rußland und Oesterreich auf denselben Standpunkt gestellt und hinsichtlich des Getreidezolles gesagt hätte: Es kann Euch doch nicht auf die Höhe des Zolles ankommen, sondern nur darauf, daß unser Zoll gegen alle Länder gleich ist. Unsere Baumwollenindustrie hatte große Hoffnungen auf den russischen Handelsvertrag gesetzt; sie ist aber stark enttäuscht worden. Seit Abschluß des russischen Vertrages hat sich der heimische Markt verschlechtert. — Abg. Dresler (nl.) befürwortet den Zoll auf Quebrachoholz. — Bundesrathskommissar Geh. Rath Henle tritt der Befürchtung entgegen, daß durch den höheren Zoll für Baumwollsamenöl die Produktion von Kunstbutter stark vertheuert werde. Bei der Kunstbutter sei der Zusatz von Baumwollsamenöl nur sehr geringfügig. Die weitere Befürchtung, daß die Kunstbutter Industrie die Konkurrenz mit der des Auslandes nicht mehr aushalten werde, sei angesichts der Geringfügigkeit der Zollerhöhung ebenfalls hinfällig. — Staatssekretär v. Marschall: Graf Kanitz sagt, unser Export nach Rußland sei trotz des Handelsvertrages minimal. Das trifft allerdings für viele unserer Ausfuhrerzeugnisse zu, auch für Baumwollgarne; aber der Kenner weiß, daß für viele dieser Erzeugnisse ein großer Aufschwung unseres Exports nach dort nicht zu erwarten war. Für eine große Anzahl unserer Produkte ist dagegen ein Aufschwung der Ausfuhr eingetreten, namentlich haben sich unsere Erwartungen bezüglich der Eisenindustrie nicht nur erfüllt, sondern sie sind sogar übertroffen worden, und wenn auch theilweise eine Stagnation in der Ausfuhr eingetreten ist, so übersehen die Gegner des Handelsvertrages, daß auch in Rußland die Erwartungen sich nicht ganz erfüllt haben, namentlich nicht bezüglich der Ausfuhr von Getreide zu höheren Preisen nach Deutschland. Während der russische Roggen vor Abschluß des Handelsvertrages 45 Kopeken pro Pud war, ist er seitdem auf 25 Kopeken gefallen. Außerdem betrug der Export Rußlands an Roggen im vorigen Jahre nur ⅓ des Exports in früheren normalen Jahren. Auch vom russischen Hopfen sind seit Abschluß des Handelsvertrages nur 317 Doppelcentner nach Deutschland gekommen, dagegen von deutschem Hopfen nach Rußland über 4800 Doppelcentner. Graf Kanitz hat zwar vorsichtiger Weise den russischen Handelsvertrag nicht allein für die wirthschaftliche Depression verantwortlich gemacht, aber er ließ es auch durchblicken, daß die Handelsvertragspolitik schuld an der Depression sei. Die wirthschaftliche Depression ist ein allgemeines Uebel, das wir in Europa und Amerika beobachten; es besteht indeß kein Zweifel, daß die Landwirthschaft in den Ländern, mit denen wir Tarifverträge geschlossen haben, in einer weit schlechteren Lage sich befindet als bei uns. Dafür liegen mir Berichte, unter Anderem aus Rumänien, vor, und dann mache ich auf die Thatsache aufmerksam, daß, während bei uns die Gegner des Handelsvertrages diesen als Grund für die gegenwärtige Lage anführen, in Frankreich sich die Zahl der Gegner des dortigen handelspolitischen Systems, welches das Gegentheil von dem unsrigen ist, immer fort mehrt. Hier liegen also Momente vor, die mit der Handelsvertragspolitik gar nichts zu thun haben. Wie ich versichern kann, kolldiren in Bezug auf die Bedeutung der Landwirthschaft und auf die Nothwendigkeit, sie gesund zu erhalten, die Anschauungen der Regierungen in keiner Weise mit denen des Grafen Kanitz. — Abg. Dr. Barth (freis. Ver.) vertheidigt die Handelsverträge. Kein Vertrag kann die Bedingungen der allgemeinen Conjunctur so vollständig durchbrechen, daß aus ungenügenden wirthschaftlichen Verhältnissen sofort günstige werden. Das Hauptargument für die Erhöhung des Honigzolles ist unzutreffend, da die Unterscheidung von künstlichem und natürlichem Honig jetzt durch die Chemie ermöglicht worden ist. Der Quebrachoholzzoll ist schädlich, denn die Verwendung dieses Gerbstoffes bringt für die Lederindustrie ganz bedeutende Vortheile. Zölle, welche die Fortschritte auf dem Gebiete der Erfindungen und der Vervollkommnungen im gewerblichen Leben verhindern wollen, sind kulturfeindlich. Die ganze Produktion der Eichenschälwaldungen beträgt ca. 6 Millionen; es ist nicht zu rechtfertigen, wegen so geringer Interessen die ganze hochentwickelte Lederindustrie zu schädigen. Der Zoll auf Baumwollsamenöl wird die auf den Konsum von Speisefett angewiesenen bedürftigen Klassen der Bevölkerung treffen. Betrieben wird diese Zollerhöhung von den deutschen Speiseölfabriken, welche ihre theuren Erdnuß- und Sesamsamenöle den deutschen Speisefettfabriken aufnöthigen wollen. — Abg. Fusangel (Centr.): Die Position Bau- und Nutzholz hat viele meiner Freunde, die in den Grenzbezirken wohnen, bedenklich gemacht wegen der wahrscheinlichen Schädigung der Sägereien an der Grenze. Wir würden es für richtiger halten, wenn die Beschränkungen der Vorlage nur für neuanzulegende Sägereien angewendet würden. Den Honigzoll billige ich, denn der künstliche Honig ist vom echten nicht zu unterscheiden und wenn Honig nachgemacht werden kann, so sollte er doch im Inlande fabrizirt werden. Für das Baumwollsamenöl wird das Pfund Margarine um noch nicht 1 Pfg. vertheuert. Beim Quebrachoholzzoll handelt es sich darum, daß die Eichenschälwaldungen wieder rentabel gemacht, und daß die kleinen Gerbereien nicht ausgesogen werden. Erwägung verdient der Vorschlag, Prämien für die Ausfuhr von Leder, das in Lohe gegerbt ist, zu gewähren. — Abg. Hammacher (nl.) verwendet sich im Interesse der Oelfabriken für die vorgeschlagene Erhöhung des Baumwollsamenölzolls. — Abg. Möller (nl.): Die auf den russischen Handelsvertrag gesetzten Hoffnungen haben sich durchaus erfüllt, namentlich ist der Absatz an Eisen und Maschinen von 26,000 Tonnen im Jahre 1893 auf 260,000 Tonnen im Jahre 1894 gestiegen. (Hört, hört! links). Ebenso ist die Ausfuhr von Leder- und Papierwaaren erheblich gestiegen. Die Anilin- und Theerwaaren sind in bedeutend größerer Menge als früher ausgeführt worden, ebenso Drogen. Man sollte doch aufhören, den russischen Handelsvertrag als Ursache des Darniederliegens der Landwirthschaft zu bekämpfen. Die Landwirthschaft liegt aus anderen Ursachen darnieder. Mit Angriffen auf den Handelsvertrag bessert man sie nicht. — Abg. Graf Kanitz (kons.): Allerdings hat die russische und österreichische Landwirthschaft nicht den erhofften Vortheil von den Handelsverträgen gehabt, aber das liegt an unseren Handelsverträgen mit Amerika. Es ist eben verkehrt, allen überseeischen Ländern die gleiche Vergünstigung zu gewähren wie den europäischen Nachbarstaaten. Daß an dem Darniederliegen der Industrie der Handelsvertrag schuld sei, habe ich nicht behauptet, sondern nur daß die auf den Vertrag gesetzten Hoffnungen sich nicht erfüllt haben. — Abg. Wurm (Soz.): Der jetzige Betrieb der Eichenschälwaldbesitzer ist so unzweckmäßig, daß sie sich ihre geschäftlichen Mißerfolge selbst zuzuschreiben haben. — Die Vorlage geht an eine 21er Kommission. — Morgen Binnenschiffahrtsgesetz und Flößereivorlage.

Berlin. Zur Feier des Geburtstags des Kaisers findet am 27. d. Mts. bei dem Reichskanzler Fürsten Hohenlohe ein Festmahl statt, zu dem die Botschafter und Gesandten, der Staatssekretär und die höheren Beamten des Auswärtigen Amtes u. s. w. geladen sind. — Prinz Albrecht hielt als Herrenmeister des Johanniter-Ordens heute früh ein Ordenskapitel ab. Die Berathungen erstreckten sich auf Unterstützungen und Verwaltungen von Ordens-Kranken-Anstalten, auf die Neubauten u. s. w. — Bei dem Kriegsminister Bronsart v. Schellendorff findet heute ein parlamentarisches Diner statt, zu welchem Abgeordnete verschiedener Fraktionen geladen sind.

Berlin. Die Direktion der Königl. Gewehrfabrik in Spandau erhielt aus Stettin einen anonymen Brief, in dem mitgetheilt wird, daß von Arbeitern der Fabrik, die bei der letzten Lohnaufbesserung übergangen wären, ein Mordanschlag auf den Kaiser geplant sei und auch beabsichtigt werde, einen Theil der Gewehrfabrik durch Explosion zu zerstören. Dem Reichskanzler sei dies durch besonderes Schreiben mitgetheilt worden.

Berlin. In der Budgetkommission des Reichstages wurde heute regierungsseitig erklärt, daß seitens des Waarenhauses für die Offiziere noch niemals Lieferungen für die Armee gemacht worden sind. Die Militärverwaltung stehe diesem Privatunternehmen völlig fern. Auf diesbezügliche entgegengesetzte und sonstige Meldungen der „Mil.-Pol. Corr." sei nichts zu geben, der Offizierverein beschäftige sich absolut nicht mit Lieferungen für die Armee. — Geh. Rath Professor an der Technischen Hochschule in Dresden, Freiherr v. Ler erhielt den preußischen Kronenorden 3. Klasse. Hauptmann Lehmann à la suite des Magdeburger Füsilier-Regiments Nr. 36 und Unterdirektor der Munitionsfabrik in Spandau erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Königl. Sächs. Albrechtsordens.

Berlin. Die „Nat.-Ztg." hatte behauptet, Graf Herbert Bismarck hätte gegen den Antrag Kropatscheck-Jacobskötter, betreffend den Befähigungsnachweis, gestimmt; jetzt stellt die „Kreuz-Ztg." fest, daß er für den Antrag gestimmt habe.

Wien. Aus bester diplomatischer Quelle verlautet, daß Kaiser Wilhelm an den Czaren Nikolaus den persönlichen Wunsch gerichtet hat, an Stelle des Grafen Schuwalow den Fürsten Lobanow zu setzen. Daraufhin schrieb der Czar selbst an Letzteren, er lege außerordentliches Gewicht auf die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland, weshalb er den Fürsten ersuche, dem Wunsche des deutschen Kaisers nachzukommen.

Pest. Die Nachrichten über eine Ministerkrisis sind grundlos. — Im Unterhause erklärte der Kultusminister, daß die Verstaatlichung sämmtlicher konfessioneller Schulen mit Rücksicht auf die Kosten jetzt nicht möglich sei. Eine Revision des Volksschulgesetzes sei in Angriff genommen. Er sei ein Freund des deutschen Universitätswesens. — 800 Arbeitslose durchzogen, die Marseillaise singend, die Straßen, um vor dem Abgeordnetenhause zu demonstriren. Die Polizei zerstreute dieselben und nahm mehrere Verhaftungen vor. Später fand eine zweite Demonstration statt, wobei der Polizei Widerstand geleistet wurde. Es fanden zahlreiche Verhaftungen statt.

Photographie-Atelier „Adele" Kunst-Salon Pirnaische Gruppen 1 Garantirt künstlerische Ausführung II Strehlenerstr. Platz 11. Pferdebahnlinie 6 (Bl).